



## Inhaltsverzeichnis

13.11.2025	Syker Kurier: Wohin mit radioaktiven Abfällen?	3
13.11.2025	Odenwälder Zeitung: „Das Tromm pluton ist ungeeignet“	5
12.11.2025	noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung): Atommüll-Endlager: Zwei Gebiete im Osnabrücker Land „potenziell geeignet“	7
13.11.2025	Münsterländische Volkszeitung: Rheine ist Teil der Endlager-Suche	9
13.11.2025	Mindener Tageblatt: Wissenschaft statt Panikmache	10
12.11.2025	dewezet.de (Deister- und Weserzeitung): Endlager für Atommüll: Kommt der Kreis Holzminden noch infrage?	12
13.11.2025	Deggendorfer Zeitung: Endlager: Landkreis bleibt im Rennen	14

## Radioaktive Abfälle

# Wohin mit radioaktiven Abfällen?

## Suche nach einem Atommüllendlager betrifft auch Delmenhorst und Ganderkesee

Delmenhorst. Die Suche nach einem Standort für das deutsche Endlager für hoch radioaktive Abfälle rückt auch die Region Delmenhorst und Ganderkesee erneut in den Fokus. Nach den neuesten Zwischenergebnissen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zählen Teile beider Kommunen weiterhin zu den möglichen Gebieten für die unterirdische Lagerung von Atommüll.

Wie die BGE mitteilt, wurden bundesweit bereits 53 Prozent der Teilgebietsflächen anhand sicherheitsgerichteter Kriterien als ungeeignet oder gering geeignet eingestuft. Dazu gehört der nördliche Teil Delmenhorsts sowie große Flächen in Schierbrok, Heide und Stenum in der Gemeinde Ganderkesee. Raus aus der Prüfung sind auch Teile der Gemeinden Harpstedt, Prinzhöfte und Groß Ippener sowie Teile der Bremer Neustadt und Bereiche rund um den Werdersee.

Anders sieht es jedoch an anderen Stellen aus: An der nördlichsten Spitze Delmenhorsts bei Deichhausen sowie im südwestlichen Stadtgebiet laufen die Untersuchungen weiter. Auch der Süden der Gemeinde Ganderkesee bleibt Teil des Suchverfahrens, ebenso einige Stadtteile Bremens, darunter Gröpelingen, Walle und Findorff. Diese Gebiete liegen in einem großräumigen Teilgebiet, das sich über Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein erstreckt – dort herrscht tertiäres Tongestein, einer der drei als geeignet geltenden Wirtsgesteinstypen neben Salz und Granit.

Von den sieben Kriterien für eine mögliche Eignung eines Endlagerstandortes

in Tongestein konnten laut BGE sechs als „günstig“ bewertet werden, eines als „nicht günstig“. Ton gelte wegen seiner Dichtheit und Fähigkeit, radioaktive Stoffe langfristig einzuschließen, als besonders vielversprechend. Insgesamt haben die Experten die potenziell geeigneten Regionen mittlerweile auf 25 Prozent der deutschen Landesfläche eingegrenzt. Diese Gebiete sollen aus heutiger Sicht über jene günstige geologische Bedingungen verfügen, um den Atommüll in bis zu 1000 Metern Tiefe sicher lagern zu können.

### Interaktive Karte

Eine interaktive Karte der BGE zeigt, dass sich die bereits genannten Orte in Delmenhorst und umzu noch am Anfang der Prüfung befinden. Die sogenannten „repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen“ stehen dort noch aus. Eine Sprecherin der BGE erklärte auf Nachfrage unserer Redaktion: „Die BGE wird im Sommer 2026 noch einmal – bevor wir die Standortregionen Ende 2027 benennen werden – über die aktuellen Arbeitsstände berichten.“

Zudem werde man die Verwaltungen der betroffenen Kommunen fortlaufend über den Stand informieren. Ende 2027 will die BGE dann „einige wenige Standortregionen“ für die übertägige Erkundung vorschlagen, also für detaillierte geologische Untersuchungen mit Schallwellenmessungen (3D-Seismik) und Bohrungen.

### Endlagersuche beschleunigen

Die Veröffentlichung des neuen Arbeitsstands Anfang November kommentierte die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder, mit den Worten: „Wir halten Wort und veröffentlichen wie im Vorjahr unsere aktuellen Arbeitsstände. So können alle Menschen sehen, dass es mit der Endlagersuche vorangeht und wie es in ihrer Region derzeit aussieht.“

Gegenüber der Tagesschau kündigte Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) an, das Verfahren künftig beschleunigen zu wollen: „Ab 2027 müssen wir deutlich schneller vorankommen“, sagte er. „Das sind wir nicht zuletzt den Menschen schuldig, die in den Regionen mit den Zwischenlagern leben.“ Man werde das Standortauswahlverfahren „optimieren“, betonte Schneider, dabei aber „den Kern des Verfahrens und das Ziel der bestmöglichen Sicherheit“ beibehalten. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll Anfang kommenden Jahres vorgelegt werden.

### Wofür werden die Endlager benötigt?

Gesucht wird den Angaben zufolge ein Ort, an dem dauerhaft rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle aus mehr als 60 Jahren Atomkraft in Deutschland sicher gelagert werden können – und zwar für eine Million Jahre. Bisher werden die hochradioaktiven Abfälle an 16 Zwischenlagerstandorten in Deutschland aufbewahrt, darunter auch im niedersächsischen Gorleben (Landkreis Lüchow-Dannenberg), wo über Jahrzehnte ein Endlager geplant war, das jedoch 2020 endgültig verworfen wurde.

Wörter: 575  
Autor/-in: Sebastian Hanke  
tmt7ud7m8vz49f1bm17farr  
Seite: 5  
Ressort: LOKALES  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe  
Auflage<sup>1</sup>: 1.424 (gedruckt)  
1.617 (verkauft)  
1.785 (verbreitet)  
Reichweite<sup>2</sup>: 0,00401 (in Mio)

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

## „Das Tromm pluton ist ungeeignet“

Kreistag: Landrat Engelhardt kritisiert Gerüchte rund um die Atommüll-Endlagersuche – kein Zusammenhang mit Geolab-Projekt.

Kreis Bergstraße. Nach Einschätzung von Landrat Christian Engelhardt wird es am Ende der bundesweiten Suche keine Endlagerstätte für Atommüll im Kreis Bergstraße geben. Die Region sei zu dicht besiedelt und der Kreis leiste mit dem Zwischenlager am ehemaligen Kernkraftwerkstandort in Biblis einen ausreichend großen Beitrag zur späteren Entsorgung der radioaktiven Abfälle.

In der vergangenen Woche war bekannt geworden, dass ein sich von einer gedachten Linie von Lindenfels nach Heppenheim Richtung Süden erstreckendes Gebiet die ersten beiden Hürden bei der Prüfung durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) genommen hat. Das hatte bei Bürgern und Politikern in der Region für Aufregung gesorgt. Unter anderem hatten sich die Freien Wähler in einer Pressemitteilung dagegen ausgesprochen, den unter anderem das Weschnitztal einschließenden Bereich weiter als Standort in Betracht zu ziehen.

### Geologische Voraussetzungen

Engelhardt nutzte jetzt die obligatorischen Mitteilungen der Verwaltungsspitze zu Beginn der Kreistagsitzung am Montag, um den Sachstand einzuordnen. „Nach den neuesten Sicherheitsuntersuchungen sind noch etwa 25 Prozent der Fläche Deutschlands im Verfahren“, betonte er. Dass die Odenwald-Region zwischen Heppenheim und Leimen dazugehört, liege an den geologischen Voraussetzungen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) prüft verschiedene Wirtsgesteine wie Ton, Salz und Kristallin und bewertet, ob diese den radioakti-

ven Müll für Millionen von Jahren sicher einschließen können.

„Die Auswahl erfolgt nach strengen wissenschaftlichen Kriterien und in mehreren Prüfschritten. Nur Gebiete, die alle Hürden überwinden, kommen in die engere Auswahl für die nächste Phase“, so Engelhardt. Im Weschnitztal hat man es mit einem speziellen Gesteinskomplex zu tun, dem Weschnitz-Pluton. „Das granitartige Gestein gilt als besonders hart und zäh, was aus Sicht der Geologen eine nähere Untersuchung im Zuge der Endlagersuche rechtfertigt“, erläuterte der Landrat. In einem nächsten Schritt sollen voraussichtlich ab frühestens 2028 übertägige Erkundungen stattfinden. Erneut lege dann der Gesetzgeber fest, welche Standorte untertägig erkundet werden sollen.

An dieser Stelle sei auch eine gerichtliche Überprüfung vor dem Bundesverwaltungsgericht möglich, so Engelhardt. Am Ende entscheide der Bundestag über den finalen Standort. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und die BGE haben Beschleunigungsvorschläge für das Standortauswahlverfahren unterbreitet, heißt es in einer Stellungnahme der BASE-Pressestelle. Die Benennung eines Endlagerstandortes steht demnach 2050 in Aussicht. Das BASE drängt nach eigenen Angaben darauf, dass Mitte des Jahrhunderts ein Standort feststeht. Nach Einschätzung des Landrats handelt es sich um ein „ambitioniertes Ziel“.

### Nah an Verschwörungstheorien

Mehrfach betonte Engelhardt jedoch, dass es sich bei der Endlagersuche um

ein größtmöglich transparentes Verfahren handele. Wenig Verständnis hat der Landrat dafür, wenn rund um die Endlagersuche Gerüchte verbreitet würden. In den Bereich der Verschwörungstheorien sortierte er in Social-Media-Beiträgen verbreitete Überlegungen ein, die Zusammenhänge zwischen dem Geolab-Projekt und der Atommüll-Endlagersuche herstellen. „Das Geolab-Projekt auf der Tromm ist ein geowissenschaftliches Forschungsvorhaben zur Nutzung von Geothermie im kristallinen Gestein“, stellte der Landrat klar. Die Erkundungsphase laufe aktuell mit seismischen Messungen und Bohrungen in den Gemeinden Grasellenbach, Wald-Michelbach und Rimbach.

Die BGE sei zwar Projektpartner. Dabei gehe es aber ausschließlich um Grundlagenforschung, die auch für die Endlagersuche von Bedeutung sein könne – etwa zur Bewertung von geologischen Eigenschaften und zur Entwicklung neuer Technologien. Geolab untersuche aber ausdrücklich nicht das für die Endlagersuche interessante Gestein Weschnitzpluton. „Und Tromm pluton wurde bereits als ungeeignet für das Endlager aussortiert“, unterstrich der Landrat.

„Ich stehe einem möglichen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle im Vorderen Odenwald äußerst kritisch gegenüber“, stellte Engelhardt in einem Fazit klar. Die Beschaffenheit des Untergrunds bestimme zwar aktuell die erste Eingrenzung, beim weiteren Ausbauen würden aber auch planungswissenschaftliche Abwägungskriterien eine Rolle spielen, etwa Besiedlungsdichte, Natur- und Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete und Kulturdenkmäler. „Unsere Region ist dicht besiedelt, weist eine hohe Lebensquali-

tät auf und ist geprägt durch eine vielfältige Kulturlandschaft sowie sensible

Naturräume. Diese Faktoren sprechen

klar gegen die Ansiedlung eines Endlagers“, so der Landrat.

Wörter:	629	Ausgabe:	Nebenausgabe
Autor/-in:	Von Jörg Keller	Auflage <sup>1</sup> :	6.327 (gedruckt)
	77		6.703 (verkauft)
Seite:	9		6.881 (verbreitet)
Ressort:	LOKALES	Reichweite <sup>2</sup> :	0,01819 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - DiesbachMedien GmbH

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

Endlagersuche im Kreis Osnabrück

# Atommüll-Endlager: Zwei Gebiete im Osnabrücker Land „potenziell geeignet“

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung sucht weiter nach einem Standort für Deutschlands Atommüll-Endlager – auch im Osnabrücker Land. Zwei Teilgebiete gelten noch als „potenziell geeignet“. Welche Orte betroffen sind und was der Landkreis Osnabrück dazu sagt.

## Kurzfassung des Artikels:

- Im Landkreis Osnabrück gelten aktuell zwei Teilgebiete mit Tonstein-Vorkommen als potenziell geeignet für ein Atommüll-Endlager.
- Eine Entscheidung über weiter zu untersuchende Standortregionen wird laut Bundesgesellschaft für Endlagerung frühestens 2027 erwartet.
- Ein beauftragtes Fachgutachten der Stadt und des Landkreises Osnabrück sieht erhebliche Einschränkungen bei der Eignung der Gebiete, unter anderem wegen fehlender Gesteinsmächtigkeit und eiszeitlicher Vertiefungen.

Diese Artikelzusammenfassung ist ein neuer Service für Sie, den wir testen. Senden Sie uns gerne ein Feedback zu dieser Funktion an [feedback@noz-digital.de](mailto:feedback@noz-digital.de).

Mehr lesen

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll betrifft weiterhin auch das Osnabrücker Land. Nach aktuellem Stand der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bleiben zwei Teilgebiete im Landkreis Osnabrück im Verfahren: eines verläuft von den Ankumer Höhen über Bramsche bis nach Bad Essen, das andere liegt im Bereich Bohmte und Schwegermoor. In beiden Gebieten wurden Tonstein-Vorkommen festgestellt, die laut

BGE nach bisherigen Prüfschritten geologisch geeignet erscheinen.

Von den insgesamt acht Teilgebieten, die Stadt und Landkreis Osnabrück betreffen, seien fünf bislang nicht oder nur teilweise bearbeitet worden, teilte Kreissprecher Burkhard Riepenhoff auf Anfrage unserer Redaktion mit. Ein Teilgebiet sei nach den ersten Prüfschritten als ungeeignet eingestuft worden. Teiluntersuchungsräume in zwei Teilgebieten würden derzeit alle Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen erfüllen und als „prinzipiell geeignet eingestuft“. Riepenhoff betont aber: „Sie durchlaufen allerdings weitere Prüfschritte und werden im weiteren Prozess noch genauer betrachtet.“

## Norden bleibt geologisch interessant

Nach den bisherigen Erkenntnissen richtet sich der Blick der Fachleute zunehmend auf den Norden des Landkreises Osnabrück. Dort schließt sich an die beiden Tonstein-Gebiete das großflächige Teilgebiet 077 an, das sich von Niedersachsen bis nach Nordrhein-Westfalen erstreckt. In diesem Gebiet kommen Steinsalzvorkommen vor, die grundsätzlich ebenfalls als mögliches Wirtsgestein für ein Atommüll-Endlager gelten.

Dieses Teilgebiet umfasst unter anderem Bereiche bei Holdorf, Badbergen, Alfhausen, Menslage, Quakenbrück und Bohmte. Einige dieser Zonen wurden von der BGE bereits als „ungünstig“ oder „ungeeignet“ bewertet – etwa wegen starker tektonischer Störungen im Norden oder zu geringer Gesteinsmächtigkeit im Süden, etwa bei Bramsche, Bad Essen, Ostercappeln und Preußisch Oldendorf. Der Kern des Teilgebiets sei bislang allerdings noch nicht

abschließend bewertet, teilt der Landkreis mit.

## Deutlich mehr Klarheit wohl erst 2027

Bis Mitte 2026 sollen laut BGE alle noch offenen Teilgebiete die ersten beiden Prüfschritte durchlaufen. Danach will die Gesellschaft bis 2027 jene Regionen vorschlagen, die für eine überirdische Erkundung infrage kommen könnten. Ob Flächen im Landkreis Osnabrück darunter sein werden, sei derzeit offen. „Die Festlegung der Standortregionen, die näher erkundet werden, ist noch nicht absehbar“, konstatiert Riepenhoff.

Weiterlesen: [Wie realistisch ist ein Atommüll-Endlager im Landkreis Osnabrück?](#)

Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2031 einen geeigneten Standort für ein zentrales deutsches Endlager zum dauerhaften Verbleib des radioaktiven Atommülls finden. Vertreter des Landkreises hatten Fachbehörden des Landes bereits 2015 darauf hingewiesen, dass die regionalen Tonsteinvorkommen wegen geologischer Störungen für ein Endlager ihrer Auffassung nach nicht infrage kämen.

## Gutachten stützt Skepsis des Landkreises

[Stadt und Landkreis Osnabrück hatten bereits ein eigenes Fachgutachten beauftragt](#), um die Ergebnisse des Zwischenberichts der BGE zu überprüfen. Dieses kam Anfang 2024 zu dem Ergebnis, dass keines der ausgewiesenen Teilgebiete vollständig im Landkreis Osnabrück liegt und dass viele der dort genannten günstigen Eigenschaften nicht auf die lokalen Gegebenheiten übertragbar sind.

Zwar sei die Ausweisung der Teilgebiete „grundsätzlich nachvollziehbar“, so das Gutachten, doch es gebe deutliche Einschränkungen: In mehreren Bohrungen im Landkreis seien die vorgesehenen Wirtsgesteine nicht in ausreichender Tiefe oder Mächtigkeit angetroffen worden. Zudem müsse die BGE künftig auch eiszeitliche Vertiefungen im Boden – sogenannte glaziale Rinnen – stärker berücksichtigen. Diese könnten die schützenden Gesteinsschichten schwächen und so den Eintritt von Grundwasser begünstigen.

### Geringes Risiko für Endlager im Kreis Osnabrück

„Wir haben uns intensiv und kritisch in den Prozess eingebracht und werden das weiter tun“, betonte Riepenhoff. Der Landkreis sehe die bisherigen Ergebnisse der BGE als „fachlich basiert und transparent“, halte aber an seiner Einschätzung fest, dass die geologische Eignung des Osnabrücker Landes nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit gegeben sei.

Das Thema wurde zuletzt auch auf der Bürgermeisterkonferenz am 5. November diskutiert. Dort wurden die betrof-

fenen Kommunen – darunter Bramsche, Bad Essen, Bohmte, Ostercappeln, Ankum, Menslage und Alfhausen – über den Stand der Verfahren informiert. Konkrete lokale Auswirkungen seien derzeit noch nicht absehbar, da die BGE erst in späteren Phasen über mögliche Standorte für oberirdische Anlagen entscheiden werde.

Bis dahin bleibt der Landkreis Beobachter eines Prozesses, der sich noch über viele Jahre erstrecken wird.

Wörter:	688	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Jean-Charles Fays <a href="https://www.noz.de/kontakt/autor/Jean-Charles-Fays-20000988">https://www.noz.de/kontakt/autor/Jean-Charles-Fays-20000988</a>	Visits (VpD) <sup>1</sup> : Unique Users (UUpD) <sup>2</sup> :	321.646 49.000
Rubrik:	Region Osnabrück		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	<a href="https://www.noz.de/lokales/region-osnabrueck/artikel/atommuell-endlager-zwei-gebiete-kommen-im-kreis-osnabrueck-infrage-49507274">https://www.noz.de/lokales/region-osnabrueck/artikel/atommuell-endlager-zwei-gebiete-kommen-im-kreis-osnabrueck-infrage-49507274</a>		
	<sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2025		
	<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+		

Atommüll: Aktuell kommen auch noch Teilflächen im Südraum infrage

## Rheine ist Teil der Endlager-Suche

Matthias Schrief  
und Julian Lorenbeck

RHEINE. Wohin mit dem Atommüll? Wo in Deutschland soll das hochradioaktive Material endgelagert werden? Eine definitive Antwort auf die Frage gibt es noch nicht. Sie liegt sogar in weiter Ferne. Experten schätzen, dass nicht vor 2046 ein Standort vorgeschlagen wird.

Auch wenn Rheine wie viele andere Kommunen in Deutschland theoretisch noch im Rennen ist, sind weite Bereiche des Stadtgebietes inzwischen als „ungeeignet“ eingestuft, lediglich ganz im Süden sind Flächen noch in der Prüfung – wie weite Teile des Münsterlandes und Ostwestfalens.

Rein „theoretisch“ gibt es aktuell noch Bereiche in Rheine, die als Endlager in Frage kommen können. „Auch in Rheine kommen Flächen grundsätzlich in Betracht. Voraussichtlich als Teilfläche im Südraum. Darüber wurden wir vor geraumer Zeit bereits informiert“, teilte Stadtsprecher Frank de Groot-Dirks auf Anfrage unserer Redaktion mit. Der Großteil der Emsstadt wird allerdings schon jetzt als Kategorie C (geringe Eignung) oder Kategorie D (ungeeignet) eingestuft.

Gleichzeitig weist de Groot-Dirks darauf hin, dass die Suche nach einem Endlager für radioaktiven Atommüll „ei-

nes der komplexesten und langfristigen Verwaltungsverfahren in Deutschland“ sei. Der aktuelle Sachstand ist in einem Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) dargestellt ([www.bge.de/de/](http://www.bge.de/de/)

[endlagersuche/](#)

[zwischenbericht-teilgebiete/](#)).

„Nach unserem Kenntnisstand läuft aktuell die Eingrenzung der Fläche auf Standortregionen – Phase 2. Diese Phase soll laut BGE Ende 2027 abgeschlossen sein“, teilte der Stadtsprecher weiter mit. Deshalb lägen der Stadt dazu auch keine weiteren Informationen vor. „Ob Rheine als möglicher Standort weiter in Frage kommt, ist damit aktuell nicht bekannt“, sagte de Groot-Dirks. Die Stadt Rheine werde die Suche weiter verfolgen.

Vor zwei Jahren wurden die letzten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet, doch die atomaren Abfälle bleiben. Für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle gibt es ein genehmigtes Endlager in Salzgitter. Ein ehemaliges Eisenerzbergwerk wird dafür umgebaut.

Bleiben die hochradioaktiven Abfälle, für die ein Endlager gesucht wird. Ausgangspunkt für die Standortsuche war eine weiße Landkarte. Die ist mittlerweile nicht mehr weiß. 44 Prozent der Fläche Deutschlands sind weiter im Spiel. Dar-

unter auch Flächen in Rheine. Mehr wissen alle Ende November, wenn zwei Tage lang das vierte Forum Endlagersuche in Hannover stattfindet, bei der BGE ihre vorläufigen Arbeitsergebnisse vorstellt.

Sollten es Flächen in Rheine tatsächlich in die engere Auswahl schaffen, findet zunächst eine übertägige Standorterkundung statt. Über Bohrungen und seismischen Messungen wird der Standort überprüft. Ist er dann immer noch in der Auswahl, finden auch Untersuchungen unter Tage statt.

An allen Entscheidungen wird die Öffentlichkeit beteiligt. Nach jedem Schritt werden die Ergebnisse vom Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung geprüft, anschließend entscheidet der Gesetzgeber, welche Standorte weiter erkundet werden sollen. Er entscheidet schlussendlich auch, wo das Endlager errichtet werden soll. Und das – wie gesagt – nicht vor 2046. Danach erfolge dann die Einrichtung der Lagerstätten, was ebenfalls noch zwei bis drei Jahrzehnte dauern könne.

„Auch in Rheine kommen Flächen grundsätzlich in Betracht. Voraussichtlich als Teilfläche im Südraum. Darüber wurden wir vor geraumer Zeit bereits informiert.“

Stadtsprecher Frank de Groot-Dirks

Wörter: 515  
Seite: 17  
Ressort: Rheine  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Einzelausgabe  
Auflage<sup>1</sup>: 11.322 (gedruckt)  
13.932 (verkauft)  
14.554 (verbreitet)  
Reichweite<sup>2</sup>: 0,04113 (in Mio)

Urheberinformation: (c) MVZ

<sup>1</sup>IVW 3/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen

## Wissenschaft statt Panikmache

Petershagen ist im Fokus der Endlagersuche für Atommüll – die Politik kündigt Positionierung an, die Grünen verweisen bereits auf geologische Risiken und Erfahrungen aus früheren Umweltkonflikten.

Petershagen. Nach Veröffentlichung der Karten zur Standortsuche für ein Atommüllendlager sehen die Bündnisgrünen in Petershagen große Verunsicherung in der Bevölkerung. Darauf weist Björn Möhlenbrock vom Vorstand des Grünen-Ortsverbands hin. Der Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) weise Teile des Stadtgebiets als „möglicherweise geeignet“ aus. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, sich einzumischen – „mit Wissen, Neugier, Verantwortungsbewusstsein und ohne Panikmache“, so Möhlenbrock.

Für den Grünen-Vorstand macht er deutlich: „Jetzt wird sichtbar, was für uns schon vor 50 Jahren feststand: Strom aus Kernkraft war und bleibt eine teure und ungewisse Angelegenheit. Jahrzehntelang wurde der Strompreis auf Kosten kommender Generationen subventioniert.“ Die Frage nach dem Endlagerstandort sei dagegen zu lange verdrängt worden. „Solange die Suche abstrakt blieb, hieß es oft: Das Lager soll woanders hin“, sagt Möhlenbrock.

Die Grünen hätten sich bewusst für einen transparenten, wissenschaftsbasierten Suchprozess eingesetzt, der unabhängig und nach klaren Kriterien den sichersten Standort in Deutschland finden solle. „Obwohl wir den Atommüll nie wollten, übernehmen wir Verantwortung für seine sichere Lagerung“, betont Möhlenbrock.

Dazu gehöre auch, das Sankt-Florians-Prinzip abzulehnen und die Standortsuche nicht reflexhaft zurückzuweisen, nur weil Petershagen genannt wer-

de. „Die Suche nach streng wissenschaftlichen Maßstäben ist der einzige richtige Weg – und wir werden ihn weiter unterstützen.“

Gleichzeitig erinnert Möhlenbrock an die Wurzeln des Ortsverbands: „Der Einsatz für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Deponie in Münchehagen und die erfolgreiche Verhinderung einer Giftmülldeponie in Petershagen haben uns geprägt.“ Schon damals habe die Geologie der Region als grundsätzlich geeignet für Deponierung gegolten – ein Befund, der im BGE-Bericht nun wieder auftauche. „Doch wir konnten damals sachliche Argumente vorbringen, die überzeugten. Und wir sind sicher, dass geologische und sicherheitstechnische Gründe auch diesmal gegen ein Endlager hier sprechen.“

Die Grünen verweisen dabei auf geologisch nachweisbare Klüftungen im Tongestein, auf die zuletzt BI-Mitglied Wilfried Ernsting (ebenfalls Grüne) aus Quetzen hingewiesen hatte. Diese sogenannten „Petershäger Störungen“ seien wasserdurchlässig und damit ein Ausschlusskriterium für die Endlagerung.

Laut BGE kämen grundsätzlich die Wirtsgesteine Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein für die Lagerung hoch radioaktiver Abfälle in Betracht. Sie könnten für viele Hunderttausend Jahre sicher eingeschlossen sein. Aktuell wird der Müll der Atomkraftwerke – das letzte wurde 2023 abgeschaltet – noch in 16 Zwischenlagern in ganz Deutschland aufbewahrt. Das nächstgelegene Lager für hoch radioaktive Abfälle liegt im westfälischen Ahaus –

rund 150 Kilometer westlich von Petershagen.

Ende 2027 sollen nach Angaben der BGE die Standortregionen für die mögliche dauerhafte Lagerung feststehen, die zunächst oberirdisch weiter erkundet werden – mit Messungen, aber auch Bohrungen. Petershagen liege in einem Teilgebiet, in dem aktuell eine „Repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchung“ stattfindet. Dabei werde die Sicherheit eines möglichen Endlagers in einer Gesteinsformation erstmals und vorläufig bewertet. Nach Kartenlage richtet sich der Blick dabei auf Bereiche in Quetzen, Frille und Wietersheim.

Hilfreich sei heute, so wieder Möhlenbrock, die Erfahrung aus über 40 Jahren Engagement gegen die Folgen unsachgemäßer Giftmüllverklappung – sowie die enge Vernetzung mit Bürgerinitiativen und Umweltverbänden.

Der Widerstand gegen die geplante Sondermülldeponie Anfang der 1990er-Jahre war von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragen – von Privatleuten, Kirchen und Parteien. Viele fanden sich in der Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“ zusammen, die nach dem Ahrens-Debakel (die Firma wollte in Lahde eine Gleisschotteranlage errichten, was nach Protesten nie zustande kam) zum Umweltverband „Stoppt den Giftmüll – wir wehren uns“ wurde. Auch im Zuge der aktuellen Endlagersuche hat sich die Initiative bereits zu Wort gemeldet und auf die Bedeutung des Sperrgrundstücks in Quetzen verwiesen (MT be-

richtete). Die Initiative ist partei- und organisationsübergreifend engagiert.

Die laufende Endlagersuche dürfte in Kürze auch die politischen Gremien der Stadt Petershagen beschäftigen. Auf MT-Anfrage bestätigte Heiko Deterding (CDU) als Vorsitzender des Umweltausschusses, dass die Christdemokra-

ten das Thema in ihrer Fraktionssitzung am kommenden Donnerstag aufgreifen wollen. „Das steht bei uns auf der Agenda.“ Ähnlich die SPD, die Wert darauf legt, ein „warnendes Händchen“ über dem Thema zu haben, wie Ratsmitglied Jens Wölke gegenüber dem MT bestätigt. Auch die FDP werde sich positionieren, so Ratsmitglied Heiner Müller.

Er verwies ebenfalls auf die geologischen Bedingungen, die ein Endlager in Petershagen verbieten würden.

Der Autor ist erreichbar

unter [Oliver.Ploeger@MT.de](mailto:Oliver.Ploeger@MT.de)

Wörter: 659  
Autor/-in: Oliver Plöger  
Seite: 9  
Ressort: Petershagen  
Rubrik: 401-MT  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Einzelausgabe  
Auflage<sup>1</sup>: 17.997 (gedruckt)  
20.746 (verkauft)  
29.548 (verbreitet)  
Reichweite<sup>2</sup>: 0,04528 (in Mio)

<sup>1</sup>IVW 3/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Einige Gebiete schon ausgeschlossen

## Endlager für Atommüll: Kommt der Kreis Holzminden noch infrage?

Kreis Holzminden

Rund 27.000 Kubikmeter radioaktiver Müll sollen in einem unterirdischen Endlager abgeschirmt werden. Deutschlandweit wird nach einem passenden Standort dafür gesucht – auch im Kreis Holzminden. Was die Untersuchungen dort bisher ergeben haben.

Wo soll das Endlager für rund 27.000 Kubikmeter radioaktiven Müll entstehen? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) seit einiger Zeit. Deutschlandweit wird nach einem passenden Standort gesucht. Niedersachsen gilt dabei als Favorit und besonders gut geeignet. Grund dafür sind die günstigen geologischen Eigenschaften des Bodens. Aber gilt das auch für den Kreis Holzminden? Hat man dort bereits geeignete Flächen festgestellt?

Im Dezember 2024 gab die BGE bereits bekannt, dass das Gebiet um Boffzen, Fürstenberg, Derental und Lauenförde ungeeignet ist. Nun wurden weitere Ergebnisse der Untersuchungen veröffentlicht.

### Großteil der Ergebnisse im Kreis Holzminden fehlen noch

Ob sich ein Gebiet für ein Endlager eignet, hängt vor allem von den Eigenschaften des Bodens ab. Der hochradioaktive Müll soll unterirdisch gelagert und dort möglichst für eine Million Jahre abgeschirmt werden. Damit das gelingt, braucht es zwischen der Erdoberfläche und dem Endlager mindestens 300 Meter ausreichend mächtige Gesteinsschichten aus Kristallgestein (zum Beispiel Granit), Steinsalz oder Tongestein.

Die Erkenntnisse der BGE zeigen, dass dies vor allem in einem großen Gebiet rund um die Region Hannover ge-

ben ist. Der Kreis Holzminden gehört bislang aber noch nicht zu den geeigneten Standorten. Das geht aus dem „[Endlager Navigator](#)“ der BGE hervor. Dabei handelt es sich um eine digitale Karte, die zeigt, welche Gebiete geeignet oder ungeeignet sind und wo derzeit noch Ergebnisse ausstehen. Letzteres trifft zum Großteil auf den Kreis Holzminden zu. Ob es hier also tatsächlich flächendeckend keine Eignung für ein Endlager gibt, kann noch nicht gesagt werden.

### Diese Gebiete im Landkreis Holzminden kommen nicht infrage

Dennoch können einige Flächen bereits ausgeschlossen werden. So eignen sich bislang Boffzen, Fürstenberg, Derental und Lauenförde nicht für ein radioaktives Mülldepot. Auch ein großes Gebiet zwischen Pegestorf, Golmbach, Holenberg, Eschershausen, Stadtoldendorf und Wangelnstedt bietet offensichtlich keinen geeigneten Boden. Gleiches gilt für Heinade, Schießhaus, Delligsen, Polle, Kirchbrak, Halle, Holzen. Zu beachten gilt allerdings, dass die genannten Ortschaften zum Teil an Gebiete grenzen, für die die Untersuchungsergebnisse noch ausstehen.

Im Landkreis Hörter ist man schon etwas schlauer. Hier wird kein Endlager entstehen, wie der „Endlager Navigator“ zeigt. In anderen Nachbarkreisen wartet man noch auf einige Ergebnisse.

### Hier könnte in der Region ein Endlager entstehen

Die bisher, von Holzminden gesehen, am nächsten geeigneten Orte für ein Endlager befinden sich zum aktuellen Zeitpunkt etwa bei Bad Münden am Deister, Pattensen (Region Hannover), Achtmum (Hildesheim), Sehle (Wolfenbüttel) sowie im Harz in der Nähe von Braunlage. Weitere geeignete Gebiete liegen in Süd- und Ostdeutschland. Den größten Anteil hat bislang aber Niedersachsen.

Nach Angaben der BGE sollen die Untersuchungen bis Mitte 2026 abgeschlossen sein. Ende 2027 werden dann konkrete Vorschläge für mögliche Standorte genannt. In den 2030er-Jahren erfolgen dann weitere, genauere Erkundungen dieser Gebiete.

### Endlager erst nach 2050 in Betrieb

Bis 2050 soll ein Lager gefunden werden. Die Inbetriebnahme kann ab diesem Zeitpunkt auch noch weitere Jahrzehnte dauern. Eine Beschleunigung des gesamten Prozesses schließt die BGE aber auch nicht aus.

Insgesamt sollen in dem Endlager rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Müll untergebracht werden. Bislang wird dieser noch in 16 oberirdischen Zwischenlagern aufbewahrt. Vier davon befinden sich in Niedersachsen.

Wörter:	506	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Maurice Lubina	Visits (VpD) <sup>1</sup> :	3.458.294
Rubrik:	Stadt Holzminden	Unique Users	20.000
Medienkanal:	ONLINE	(UUpD) <sup>2</sup> :	
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.dewezet.de/lokales/holzminden-lk/holzminden/atommuell-endlager-so-laeuft-die-suche-im-kreis-holzminden-USVEOF7CHRAGRMMQPQLJXWBRTY.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2025

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

## Endlager: Landkreis bleibt im Rennen

Großteil im aktuellen Schritt des Suchverfahrens ausgeschlossen - Aber: Zwei Gebiete in Bearbeitung

### Lalling/Metten.

Im zweiten Schritt bei der Suche nach einem Standort für ein Endlager für den Atom Müll in Deutschland sind weitere Gebiete ausgeschlossen worden. Dazu gehören auch weite Teile Niederbayerns. Zwei Areale im Landkreis Deggendorf bleiben aber im Rennen.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat Anfang November den aktuellen Stand der Suche vorgestellt. In Schritt 1 der Phase I des Auswahlverfahrens waren im Herbst 2020 insgesamt 90 Gebiete in Deutschland ausgewiesen worden, die günstige geologische Bedingungen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen; das entsprach 54 Prozent der Fläche Deutschlands. Wie gesetzlich festgeschrieben kommen grundsätzlich die Wirtsgesteine Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein, also etwa die der Region häufigen Granitstöcke in Betracht. Hier fielen bereits Flächen im Landkreis raus wegen aktiver Störungszonen. In Schritt 2 der Phase I wurden nun die Teilgebiete durch repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) eingegrenzt; die BGE spricht hier von „ersten Sicherheitsabschätzungen“.

Hier blieben zwei Teilgebiete im Landkreis übrig: Ein Areal im Westen, das sich über knapp zehn Kilometer von Metten über Offenberg bis an die Landkreisgrenze und nach Norden bis in die

Gemeinde Bernried erstreckt, sowie eines über fünf Kilometer von Lalling bis Auerbach. Diese Orte gelten als „Gebiet in Bearbeitung“.

Dennoch: Für Baujuristin Heidi Bischoff vom Landratsamts überwiegt das Positive: „Immerhin sind weite Teile herausgefallen. Die Hoffnung, dass der Landkreis komplett herausgenommen wird, war ohnehin gering“, gibt sie auf Anfrage eine Einschätzung ab. Für eine mehrfache Absicherung, wie grundsätzlich für einen Endlagerstandort gefordert, kommt ihrer Ansicht nach ein zerklüfteter Granit wie hier am Ende nicht in Frage.

Kein Personal für regionale Koordinierungsstellen in den weiteren beiden Schritten der Phase I werden die „Gebiete in Bearbeitung“ bis ins zweite Halbjahr 2027 erneut nach geowissenschaftlichen Abwägungen und gegebenenfalls nach Planungskriterien abgeklopft. Die BGE schränkt aber ein: „Die Geologie hat Vorfahrt vor der Raumordnung, weil die Sicherheit unter der Erde gewährleistet werden muss.“ Dann ist Phase I abgeschlossen.

Gebiete, die dann noch übrig sind, werden laut Bischoff in Phase II übertägig erkundet, also von der Oberfläche her untersucht – Zeitraum neun bis elf Jahre. Auf dieser Basis folgt dann in Phase III die Erkundung unter Tage, die nochmal auf 20 Jahre ausgelegt ist. „Ursprünglich sollte die Endlagersuche bis

2031 abgeschlossen sein“, ruft Bischoff in Erinnerung.

Schwierig ist offenbar auch die Suche nach geeignetem Personal für die regionale Begleitung der Erkundung. Bereits Anfang 2022 beschlossen die niederbayerischen Landkreise, dazu eine Koordinierungsstelle einzurichten, die am Landratsamt Freyung angesiedelt und mit einem Geologen und einer Assistentkraft ausgestattet werden sollte. Doch trotz mehrmaliger Ausschreibung blieb die Stelle unbesetzt – bis heute. Zwischenzeitlich will sich auch die bislang nicht beteiligte kreisfreie Stadt Landshut der Koordinierungsstelle anschließen, weil dort die Genehmigung für das Brennelemente-Zwischenlager Isar ausläuft.

Vor allem mit Eintritt in die Phase II hält Heidi Bischoff die regionale Begleitung durch eine Fachkraft wie eines Geologen für entscheidend.

### INFO Kristallines Wirtsgestein

wie Granit hält die BGE für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle für geeignet. Es besitzt eine hohe Festigkeit und Stabilität. Es hat eine hohe Temperaturbeständigkeit. Unvorteilhafte Eigenschaften sind beispielsweise die hohe Durchlässigkeit für Flüssigkeiten und Gase in Bereichen, die von Klüften und Störungen beeinflusst sind. Diese Bereiche sind zudem häufig schwer vorhersehbar.

Wörter:	510	Jahrgang:	80
Autor/-in:	Wendelin Trs	Nummer:	262
Seite:	23 bis 23	Ausgabe:	Nebenausgabe
Ressort:	Deggendorf	Auflage <sup>1</sup> :	10.321 (gedruckt)
Rubrik:	Deggendorfer Zeitung		9.574 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		9.674 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite <sup>2</sup> :	0,0472 (in Mio)
Medientyp:	PRINT		

Weblink: <https://www.pnp.de>

Urheberinformation: (c) 2025 Passauer Neue Presse GmbH

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025